

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Tageblatt Riesa.  
Grunow Nr. 20.  
Bismarck Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlichseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt  
Dresden 1533.  
Grunow Nr. 22.  
Riesa Nr. 22.

Nr. 31.

Donnerstag, 6. Februar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Ostpreußen und Polen.

Im drei Jahre hat es gedauert, bis die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen das Liquidationsabkommen zustandebrachten. Die Parteien haben sich, wie wir schon mitteilten, nachdem einige Änderungen im ersten Vertragsentwurf gemacht wurden, mit dem Abkommen einverstanden erklärt und Curtius hat sich für die Annahme des Vertrages eingesetzt, da er von ihm nicht nur die Ratifizierung des Youngplans durch die anderen Mächte erwartet, sondern auch die Einleitung der jetzt spruchreif gewordenen Ostarbeiten. Die Auffassung über das Liquidationsabkommen ist verschieden. Der Berliner "Vollanzeiger" spricht von einem Polenieg, der "Vorwärts" behauptet, es sei der erste Schritt zur Verständigung. Würde die Phantasiezahl 1500000000 und Deutschland tatsächlich 2 1/2 Millionen opfern, so könnte Polen einen Sieg feiern. In Wahrheit aber liegen auf deutscher Seite Forderungen in Höhe von 540 Millionen vor, die mit 290 Millionen realisierbar wären, während Polen Forderungen in Höhe von 830 Millionen erhebt, Forderungen aus der Kriegs- und Besatzungszeit, die sich nur mit 80 bis 100 Millionen einlagern lassen. Demnach hat Deutschland tatsächlich nur 150 bis 200 Millionen geopfert. Beide Forderungen sind Forderungen von privater Seite, aber selbstverständlich muß infolge des Abkommens Deutschland bemüht sein, die geschädigten Deutschen zu entschädigen. Wichtig ist indessen, und das heißt Curtius besonders in den Vordergrund, daß die Winderheitenfrage mit dem Abkommen geregelt ist und nicht weniger als 80 000 Menschen nunmehr ein klares Schicksal haben.

Es ist kein Zufall, daß gerade in diesen Tagen die Vertreter Ostpreußens ihre Stimme erhoben, nicht baten, sondern forderten, vom Reich müsse nunmehr für Ostpreußen etwas geschehen. Was bisher für Ostpreußen geschehen ist, bildete Vorbeugung der schlimmsten Notlage. Die Verhältnisse waren unklar. Wenn das Reich die Ostprovinz auch nicht im Stiche lassen wollte, so mußte es zunächst bemüht sein, mit dem Grenzangrenzern in Ordnung zu kommen. Gemeinverstand bedeutet das Liquidationsabkommen soviel wie ein Ostpreußen, ein Übereinkommen, das die Grenzen und Verhältnisse sichert und das den Ausblick auf neue Verhandlungen zuläßt. Sofern jetzt das Reich intensiver für die Befreiung der trostlosen Verhältnisse in Ostpreußen eintritt, wird es mit klaren Grenzverhältnissen zu rechnen haben, damit, daß nicht neuer Zuzug aus Polen kommt, der Wechsel von Grund und Boden weniger lebhaft ist und alle Maßnahmen stabilere Verhältnisse in Rechnung stellen können. Es ist nicht nötig, noch einmal auf die einzelnen Klagen der Vertreter Ostpreußens einzugehen. Die Industrie liegt drin, da sie in Ostpreußen zu geringen Absatz hat. Eine Verbindung mit dem Reich aber ist zu kostspielig durch den weiten Transport. Die Landwirtschaft leidet, weil sie keine Preise erzielen kann, weil auch ihr Absatz durch den Korridortransport beeinträchtigt und verteuert wird. Von der Landwirtschaft aber lebt Ostpreußen. Die Steuern Ostpreußens gehen juristisch, die Aufwendungen für Eisenbahnen und Kunststraßen reichen nicht aus, um die notwendigen Arbeiten zu verrichten. Die Millionen, die bisher geopfert wurden, waren Tropfen auf einem heißen Stein. Am bedauerlichsten ist, daß die trostlosen Verhältnisse einen kulturellen Rückschritt zur Folge haben, der sich in der Lebenshaltung der Ostpreußen ausdrückt. Und wenn jetzt weiter 20 Millionen geopfert werden, so ist auch damit nicht viel getan. Eine Forderung muß immer wieder vorangestellt werden: Befreiung des polnischen Korridors.

Man glaubt nunmehr, daß die deutsche Politik auf die Befreiung des polnischen Korridors hinarbeiten werde. Die das geschehen soll, ist selbstverständlich noch eine offene Frage. Aber man glaubt durch die Verständigung mit Polen auf dem Wege zu weiteren Verhandlungen zu sein. Reht Polen auch jede Diskussion über den Korridor ab, ist es schroff in seiner Auffassung, es würde sich niemals bereitfinden lassen, die Korridorfrage als Gegenstand von Verhandlungen zu machen, so leht die Erfahrung, daß es dennoch möglich ist, ein Problem von vielen Seiten spruchreif und verhandlungsfähig zu gestalten. Waren wir nicht schon auf dem Wege, mit Belgien über die Rückgabe von Eupen-Malmédy zu verhandeln? Nicht, daß Deutschland Nachmittel anzuwenden gedenkt, deshalb hat es ja nicht die Liquidationsverständigung gesucht, nein, es ließe sich denken, daß irgendwelche Kompensationen für die Rückgabe des Korridors in Erwägung zu ziehen sind. Es ließe sich denken, daß irgend ein Vandaustausch in Frage käme, der dann Polen nicht unerwünscht wäre. Wir müssen erreichen, daß die blöde Trennung deutschen Gebiets, eine Trennung, die auf dem Papier vorgenommen wurde und später auch von den Männern von Versailles mit Schrecken als Fehler festgesetzt wurde, beseitigt und Deutschland wieder geschlossen wird. Viele Vernunftgründe stehen auf deutscher Seite. Polen wird sich nicht lange wehren dürfen.

## Was wird in Preußen?

Nachdem die Nachverhandlungen zwischen dem sozialdemokratischen Fraktionsführer Deilmann und dem völkerechtlichen Fraktionsführer Stendel gestern ergebnislos verlaufen sind, richtet sich das Interesse der politischen Kreise Preußens auf die bevorstehende Entscheidung des Staatsgerichtshofes in der Wahlauflösungsfrage der Sozialpartei. Bekanntlich ist als Termin der 14. und 15. Februar angelegt worden. Wenn das Urteil in einem für die preußische Regierung unangünstigen Sinne ausfallen sollte, wäre in Preußen eine neue Lage gegeben, da die

## Der Verlauf der Debatte im Reichsrat.

### Die Younggelebe im Reichsrat.

Die erste Entscheidung über die Younggelebe ist bekanntlich gefallen. Der Reichsrat hat den Youngplan mit 48 gegen 6 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen. Auch das Rahmengesetz für die Liquidationsabkommen, das Sonderabkommen mit den Vereinigten Staaten Amerikas, das neue Reichsbahn- und Reichsbankgesetz fanden Annahme. Damit ist der Weg zur Beilegung dieses Gesetzbündels an den Reichstag freigeworden. Aus den Verhandlungen des Reichsrats verdient der Bericht des preußischen Ministerialdirektors Dr. Brecht über das Haager Abkommen besondere Anerkennung. Der Vorstoß des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held war zu erwarten. So scharfe Kontroversen, wie wir sie am Mittwoch erlebten, sind sonst im Reichsrat nicht üblich. Gleichwohl ist es gut, daß die Öffentlichkeit jetzt schon davon Kenntnis nimmt. Wenn nicht alles täuscht, sind sie ohnehin nur schwache Vorläufer der scharfen Auseinandersetzungen und Kämpfe, deren Zeuge wir in der nächsten Woche im Reichstag sein werden.

von Berlin. In der Diskussion des Reichsrats am Mittwoch stand bekanntlich das

### Haager Abkommen

zur Beratung. Der Generaldirektor der Münchener "Dir." Dr. Brecht stellte fest, daß der Durchschnittswert der Annuitäten für die ersten 27 Jahre 1922,7 Millionen beträgt. Die Entlastung für 1929 betrug 618,3 Millionen, für 1930 655,1 Millionen. Die jetzt vereinbarten Annuitäten sind immer noch so hoch, daß auch von uns niemand die Verantwortung übernehmen kann, ihre Ausbringung und noch weniger ihren Transfer als gesichert zu betrachten. Nehmen wir aber den neuen Vertrag ab, so bleibt bis auf weiteres der alte in Kraft. Mit der Annahme des neuen Planes hürde die unwürdige finanzielle Kontrolle auf, die Reparationskommission fällt fort. Hier Gründe, und zwar erstens die sofortige Ermäßigung der Gesamtannuität um zunächst rund 700 Millionen, zweitens die Möglichkeit, bei weiterer günstiger Wirtschaftsentwicklung neue Verhandlungen herbeizuführen, drittens die wirtschaftlich katastrophalen Folgen einer Ablehnung, viertens der Fortfall der Finanzkontrollen, veranlassen die Ausschüsse, trotz der ungewissen Finanzlage die Zustimmung zu dem Abkommen zu empfehlen. In diesen finanziellen Gründen kommt die Räumung des Rheinlandes bis zum 30. Juni 1930. Die Ausschüsse haben sich ferner davon überzeugt, daß nach dem neuen Abkommen die Sanktionsklausel des Versailler Vertrages hinfällig wird. Die bisherige internationale Bindung der Verhältnisse von Reichsbahn und Reichsbank wird wesentlich gemildert. Beide werden jetzt rein deutsche Unternehmen mit rein deutschen Verhältnissen und Verwaltungssträßen. Es wurde angeregt, von nun an die Geschäfte der Verwaltungs- und Generalrats der Beamtenschultern anzupassen.

Für die bayerische Staatsregierung erklärte der bayerische Ministerpräsident Held, daß dieses Abkommen wiederum auf der Kriegsschuldfrage aufbaue sei. Bayern beantrage, daß das Haager Abkommen und die Finanzreform gleich-

zeitig behandelt und verabschiedet würden. Die Deutsche Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei haben Anträge im gleichen Sinne gestellt und diese erfahrenen Parteien werden wohl nichts Unerfüllbares verlangen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius erklärte: Die gegenwärtige Reichsregierung hat wie alle anderen stets gegen das Kriegsschuldbüro des Versailler Vertrages protestiert und wird alles daran setzen, um die Beseitigung dieses Vertrags zu erreichen. Die deutsche Reichsregierung hätte niemals einen Vertrag unterzeichnet, der die Anerkennung dieses Kriegsschuldbüros in sich geschlossen hätte.

Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer verwies auf seine letzte Reichstagsrede über die energischen Bemühungen der Reichsregierung, schleunigst die Reichsschulden zu sanieren und eine durchgreifende Reichsfinanzreform vorzubereiten. Die Arbeiten sind so gefördert, daß heute das Reichskabinett sich mit seinen Vorschlägen zum Etat 1930 beschäftigen wird. Ende nächster Woche werde er mit den Finanzministern der Länder vor allem die Befreiung der Kassennot beraten. Die Sanierung für den Etat 1930 berührt aber den Finanzansatz sehr stark. Die Reichsregierung widerspreche dem bayerischen Verlagsantrage, weil diese Befreiung sich unter Umständen auf sehr lange Zeit erstrecken müßte oder die Finanzreform in einem so überhasteten Tempo vorgenommen werden müßte, daß die Interessen der Länder dabei sehr gefährdet werden.

Der Gesandte für Mecklenburg-Schwerin erklärte, dem Haager Abkommen nicht zustimmen zu können, er werde aber auch nicht dagegen stimmen, um nicht die Befreiung deutscher Gebiete zu verzögern.

Für die preußischen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Niederschlesien gab Reichherr v. Gans die Erklärung ab, daß diese Provinzen den neuen Plan ablehnen müßten, da die für die Durchführung des Plans notwendige Umstellung der Wirtschaft und Finanzpolitik bisher keineswegs gewährleistet sei. Die Befreiung der Welt könne auch nicht durch einseitige und unerfüllbare Opfer Deutschlands herbeigeführt werden.

Die sächsische Regierung ließ kurz erklären, daß Thüringen das Haager Abkommen ablehne.

### Erklärung Dr. Gradnauers.

Der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer erklärte am Haupttag des Gesetzeswerks über den Youngplan: Die sächsische Regierung will dem Haager Abkommen trotz der schweren Bedenken, die hinsichtlich der Durchführung und Tragbarkeit bestehen, unter Berücksichtigung der Zwangslage, in der sich das Reich befindet, zustimmen. Es wird zugleich die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß das Reich bei seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik den schweren Lasten Deutschlands in vollem Maße nachzukommen und daß die Länder und Gemeinden unter Berücksichtigung der bisher an sie erfolgten Ueberwerbungen an der zukünftigen Auswirkung der Erleichterungen gegenüber dem Damoclesplan beteiligt sind.

Bei der dann folgenden Abstimmung wurde, wie wir bereits gestern bekanntgegeben haben, das Haager Abkommen mit 48 gegen 6 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen.

## Beratung des Haushalts für 1930 im Reichstabinett.

\* Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett trat am Mittwoch unter Vorsitz des Reichsfinanzministers in eine erste Beratung über die Gestaltung des Etats 1930 ein. Der Reichsfinanzminister erläuterte über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitung des Haushalts und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten einen ausführlichen Bericht, dem eine eingehende Aussprache folgte.

Es wurde in Aussicht genommen, am Freitag vormittag mit den Parteiführern eine Besprechung über den gleichen Gegenstand zu veranstalten.

\* Berlin. Die amtliche Mitteilung über die Beratungen des Reichskabinetts, die am Mittwoch mehrere Stunden in Anspruch genommen haben, ist deshalb so inhaltlos, weil Beschlüsse noch in keiner Weise gefaßt worden sind. Dagegen sind in aller Ausführlichkeit die Möglichkeiten einer Umsatzsteuererhöhung, einer Biersteuererhöhung sowie einer Erhöhung der Arbeitslosenversicherung erwogen worden. Zuverlässigen Informationen zufolge berechnet man im Reichsfinanzministerium den Fehlbetrag, der unbedingt zu decken sein wird, nunmehr mit 700

Mill. Mark. Daran beteiligt sind in der Hauptsache rund 130 Mill. Mindererträge an Steuern, etwa 450 Mill. Mf. für die Sozialversicherung und rund 105 Mill. Mf. Vorerträge aus dem Nachtragshaushalt. Die ursprünglich geplanten Einnahmeverbindungen dürften damit auf unbestimmte Zeit verlagert werden. Auch Sparmöglichkeiten sind erörtert worden. Man ist jedoch der Ansicht, daß etwa 95 Prozent der Ausgaben zwangsläufig sind und die Sparmöglichkeiten daher sehr gering. Zur Abdeckung des großen Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung denkt man daran, bei den übrigen Versicherungsgesellschaften eine auf 2 Jahre befristete Ausleihe anzunehmen. Der Gedanke einer sogenannten Versicherungsgemeinschaft aller Versicherungsgesellschaften ist jedoch fallen gelassen worden.

Fragen des Reichswehrhaushalts sind in der Mittwochssitzung des Reichskabinetts nicht erörtert worden. Man geht jedoch nicht fehl in der Annahme, daß bei der angelegentlichsten Parteiführerbesprechung am Freitag neben der gesamten Finanzlage und Vorschlägen zur Stoppung des Wachstums im Reichshaushalt auch die bereits in der Öffentlichkeit erörterte Frage der Geldbewilligung für den Bau des Panzerschiffes B zur Verhandlung kommen wird.

Regierung dann über keine Mehrheit mehr im Landtage verfügen würde. Die Nachricht eines rechtsstehenden Blattes, daß Ministerpräsident Braun unter diesen Umständen alsbald zur Auflösung des Landtages schreiten würde, ist mindestens den Tatsachen weit voraus. Sicherlich würde zunächst nochmals der Versuch einer anderweitigen parlamentarischen Lösung unternommen werden, wobei dann allerdings die Voraussetzungen völlig geändert hätten.

Die preußische Regierung legt Wert auf die Herstellung einer breiteren parlamentarischen Grundlage, da sich im Laufe der letzten Jahre gezeigt hat, daß wichtige Gesetzgebungsarbeiten wie beispielsweise die Verwaltungsreform bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen gar nicht oder nur sehr mühsam verabschiedet werden können. Bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist mit neuen Verhandlungen in Preußen kaum zu rechnen.